



Plenartagung

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 23. bis 24. März 2011

Verbraucherschutz: Stärkung des Konsumentenvertrauens und Förderung des grenzüberschreitenden Handels..... 3

Neue Regeln zum Verbraucherschutz sollen das Vertrauen der Konsumenten steigern und Transparenz für die Unternehmen gewährleisten, um das Wachstumspotenzial des grenzüberschreitenden Handels innerhalb der EU auszuschöpfen. Am Donnerstag werden die Abgeordneten über Vorschläge des Binnenmarktausschusses für Änderungen an dem Gesetzesvorschlag zum Verbraucherschutz abstimmen.

Vorbereitung des EU-Gipfeltreffens: EP stimmt über Stabilitätspakt ab..... 4

Die Abgeordneten werden am Mittwoch mit Vertretern von Rat und Kommission über den für den 24. und 25. März anberaumten EU-Gipfel diskutieren. Am gleichen Tag werden sie über einen Vorschlag des Europäischen Rats abstimmen, der auf die Schaffung eines dauerhaften Stabilitätsmechanismus für die Eurozone abzielt. Die Mitgliedstaaten werden vermutlich den Stabilitätsmechanismus zugleich mit dem "Euro-Pakt" beim kommenden EU-Gipfel verabschieden.

Einwanderung: gleiche Rechte für und gleiche Behandlung von ausländischen Arbeitnehmern..... 5

Arbeitnehmer aus dem außereuropäischen Ausland sollten hinsichtlich Arbeitszeit, Urlaub und Sozialversicherung die gleichen Rechte wie EU-Bürger haben, fordern die Abgeordneten. Am Donnerstag werden sie über den Vorschlag einer kombinierten Erlaubnis für Einwanderer zum Aufenthalt und zur Arbeit im Gebiet eines Mitgliedstaates abstimmen. Die Abgeordneten fordern auch, dass die Mitgliedstaaten darüber hinaus keine weiteren Dokumente ausgeben dürfen.

EU-Haushalt 2012: Parlament skizziert seine Position..... 6

Ausreichende Ressourcen für die EU-2020-Strategie und eine bessere Koordinierung zwischen den Haushalten der Mitgliedstaaten und der EU sind die Schlüsselforderungen der Abgeordneten im Entschließungsentwurf über den Gesamthaushalt der EU für 2012. Die Abgeordneten werden am Mittwoch über diesen debattieren und am Donnerstag ihre Empfehlungen verabschieden.

Ernennung der geschäftsführenden Direktoren der EU-Finanzaufsichtsbehörden. 7

Am Donnerstag werden die Abgeordneten ihre Meinung über die Kandidaten für die Posten geschäftsführender Direktoren der drei EU-Finanzaufsichtsbehörden abgeben. Die Abstimmung im Plenum dient der Bestätigung oder Ablehnung der vom Wirtschaftsausschuss am Dienstag abzugebenden Empfehlung.

EZB-Direktorium: EU-Abgeordnete stellen sich hinter den belgischen Kandidaten 8

Die Vollversammlung des Parlaments wird der Berufung des Gouverneurs der belgischen Nationalbank Peter Praet ins Direktorium der Europäischen Zentralbank mit großer Wahrscheinlichkeit zustimmen. Das Votum am kommenden Donnerstag folgt einer Anhörung und nachfolgender Empfehlung zugunsten Praets im Wirtschaftsausschuss des Parlaments vergangene Woche.

Gemeinsames EU-Neuansiedlungsprogramm soll Flüchtlinge besser schützen . . 9

Am Mittwoch werden die Abgeordneten mit dem Rat über die Schaffung eines gemeinsamen EU-Neuansiedlungsprogramms für außereuropäische Flüchtlinge diskutieren. Derzeit nehmen nur zehn Mitgliedstaaten jährlich Flüchtlinge auf, ohne dass die Priorität



Plenartagung

ten untereinander koordiniert werden. Angesichts der gegenwärtigen Situation in Nordafrika, wo sich einige der Flüchtlingslager befinden, ist es wichtiger denn je, dass die EU das Neuansiedlungsprogramm in Gang setzt, betonen die Abgeordneten.

Datenschutz: Aufklärung über US-Strafandrohungen gegenüber Wikileaks gefordert. 10

Die EU sollte mit den US-Behörden Anordnungen klären, wonach Twitter und möglicherweise andere Internetfirmen (Google und Facebook) unter Strafandrohung zur Herausgabe personenbezogener Daten, persönlicher Nachrichten und Mitteilungen von Personen, die in Beziehung zu Wikileaks stehen, gefordert werden. Thema der Debatte am Mittwoch mit Rat und Kommission wird die Übereinstimmungen dieser Entscheidungen mit den Datenschutzbestimmungen der EU sein.

Pressedienst (Brüssel) :
Constanze BECKERHOFF

BXL: (+32) 2 28 44302
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: (+32) 498 98 35 50
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :
Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 73603
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :
Ayla Sultan ÇIÇEK

BXL: (+32) 2 28 41009
STR: (+33) 3 881 74005
PORT: (+32) 498 98 13 37
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Berlin) :
Jens POTTHARST

ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00
STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 17 257 196
EMAIL: jens.pottharst@europarl.europa.eu

Pressedienst (Wien) :
Georg PFEIFER

STR: (+33) 3 881 74848
PORT: (+43) 699 104 68 901
EMAIL: georg.pfeifer@europarl.europa.eu
ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/newsletter_all/default/default_de.htm

Weitere Informationen:

- [Tagesordnung](#)
- [Plenarsitzung live auf EuroparlTV](#)
- [Live-Übertragungen der Plenarsitzung auf EP Live](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

Plenartagung

Verbraucherschutz: Stärkung des Konsumentenvertrauens und Förderung des grenzüberschreitenden Handels

Neue Regeln zum Verbraucherschutz sollen das Vertrauen der Konsumenten steigern und Transparenz für die Unternehmen gewährleisten, um das Wachstumspotenzial des grenzüberschreitenden Handels innerhalb der EU auszuschöpfen. Am Donnerstag werden die Abgeordneten über Vorschläge des Binnenmarktausschusses für Änderungen an dem Gesetzesvorschlag zum Verbraucherschutz abstimmen.

Das Parlament wird über vom Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz eingebrachte Änderungsvorschläge am Kommissionstext sowie über ein Paket von Kompromissänderungsanträgen abstimmen, die von allen Fraktionen außer der EFD-Fraktion unterstützt werden und die dem Parlament ein stärkeres Mandat für eventuelle Verhandlungen mit dem Rat geben sollen.

Die neuen Vorschriften über Verbraucherrechte sollen fast alle Verträge abdecken, ob im Einzelhandel, per Telefon oder online abgeschlossen. Insbesondere sollen jedoch die Regeln für grenzüberschreitende Verkäufe gestärkt werden, so die Vorschläge von Andreas Schwab (EVP, Deutschland). Die neuen Regeln sollen festlegen, welche Informationen der Käufer vom Verkäufer verlangen kann. Zudem geht es um Lieferbedingungen, Vorschriften darüber, wann das Risiko auf den Verbraucher übergeht, sowie dessen Widerrufsrecht und Recht auf Reparatur oder Ersatz.

Die aktuellen EU-Vorschriften zum Verbraucherschutz beruhen auf vier EU-Richtlinien, die bestimmte Mindestanforderungen festlegen. Allerdings haben die Mitgliedstaaten darüber hinaus im Laufe der Jahre die unterschiedlichsten Vorschriften angenommen, so dass das EU-Verbrauchervertragsrecht einem Flickenteppich von 27 unterschiedlichen Regeln gleicht, was Rechtsunsicherheit beim grenzüberschreitenden Handel sowohl für Verbraucher als auch für Unternehmen schafft.

Bei der Abstimmung im zuständigen Ausschuss standen um die 2000 Änderungsanträge zur Abstimmung. Strittig war hier insbesondere der Grad der Harmonisierung, d.h. ob die gleichen Regeln in der gesamten EU gelten oder ob den Mitgliedstaaten eine gewisse Flexibilität zugestanden werden sollte, um in bestimmten Bereichen höhere Standards beizubehalten. In seiner Abstimmung am 1. Februar entschied sich der Binnenmarktausschuss für einen gemischten Ansatz.

Debatte: Mittwoch, 23. März 2011

Abstimmung: Donnerstag, 24. März 2011

Verfahren: Mitentscheidung, 1. Lesung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf vom 22. Februar 2011](#)
- [Pressemitteilung vom 3. Februar 2011 \(EN\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatters Andreas SCHWAB \(EVP, DE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Vorbereitung des EU-Gipfeltreffens: EP stimmt über Stabilitätspakt ab

Die Abgeordneten werden am Mittwoch mit Vertretern von Rat und Kommission über den für den 24. und 25. März anberaumten EU-Gipfel diskutieren. Am gleichen Tag werden sie über einen Vorschlag des Europäischen Rats abstimmen, der auf die Schaffung eines dauerhaften Stabilitätsmechanismus für die Eurozone abzielt. Die Mitgliedstaaten werden vermutlich den Stabilitätsmechanismus zugleich mit dem "Euro-Pakt" beim kommenden EU-Gipfel verabschieden.

Der Europäische Rat muss die Meinung des Parlaments einholen, um über den europäischen Stabilitätsmechanismus entscheiden zu können. Die Abgeordneten sind zwar mit dem Krisenmechanismus grundsätzlich einverstanden, kritisieren jedoch die zwischenstaatliche Natur der Vereinbarungen, die einem Handeln innerhalb des EU-Rahmens vorgezogen wurde. Der Verfassungsausschuss wird am Dienstag, den 22. März noch einmal über diese Frage diskutieren und möglicherweise über Änderungen des Berichtsentwurfs abstimmen.

Es ist zu erwarten, dass die Abgeordneten in der Debatte mit Vertretern von Rat und Kommission darauf bestehen werden, dass der Europakt, der auf engere wirtschaftliche Zusammenarbeit abzielt, in keiner Weise von dem im September vorgelegten Gesetzesvorschlägen der Kommission zur wirtschaftspolitischen Steuerung ablenken oder dahin gehende Anstrengungen bremsen darf. Das "Six-Pack", wie diese sechs Vorschläge im EU-Jargon mittlerweile genannt werden, müsse einen Meilenstein im zukünftigen wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU sein.

Presse-Seminar über die wirtschaftspolitische Steuerung

Journalisten sind am 23. März von 9.00 bis 13.30 Uhr zu einem Seminar mit in Wirtschaftsfragen führenden Abgeordneten geladen. (Raum 7 C 050)

Debatte: Mittwoch, 23. März (über das EU-Gipfeltreffen)

Die Debatte über den Stabilitätsmechanismus fand am 9. März statt.

Abstimmung: Mittwoch, 23. März (über den Stabilitätsmechanismus)

Verfahren: Konsultation (Stabilitätsmechanismus) - Stellungnahme von Rat und Kommission mit Debatte (Europäischer Rat)

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über die Vertragsänderung im Hinblick auf den Stabilitätsmechanismus](#)
- [Pressemitteilung über die Abstimmung im Ausschuss \(EN\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Elmar BROK \(EVP, DE\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Roberto GUALTIERI \(S&D, IT\)](#)
- [Hintergrundinformationen vom 3. Februar 2011 \(EN\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN\)](#)
- [Entwurf der Tagesordnung des Europäischen Rates vom 24-25 März \(in EN\)](#)

Plenartagung

Einwanderung: gleiche Rechte für und gleiche Behandlung von ausländischen Arbeitnehmern

Arbeitnehmer aus dem außereuropäischen Ausland sollten hinsichtlich Arbeitszeit, Urlaub und Sozialversicherung die gleichen Rechte wie EU-Bürger haben, fordern die Abgeordneten. Am Donnerstag werden sie über den Vorschlag einer kombinierten Erlaubnis für Einwanderer zum Aufenthalt und zur Arbeit im Gebiet eines Mitgliedstaates abstimmen. Die Abgeordneten fordern auch, dass die Mitgliedstaaten darüber hinaus keine weiteren Dokumente ausgeben dürfen.

Ziel der vorgeschlagenen Richtlinie ist es, die Verwaltungsverfahren für alle potentiellen Zuwanderer, die in der EU leben und arbeiten wollen zu straffen. Sie soll ein einheitliches Antragsverfahren für eine kombinierte Erlaubnis für Drittstaatsangehörige zum Aufenthalt und zur Arbeit im Gebiet eines Mitgliedstaates schaffen (so genannter "Single Permit" - "kombinierte Erlaubnis").

Der ursprüngliche Vorschlag sieht vor, dass Nicht-EU-Arbeitnehmer mit EU-Staatsangehörigen in Bezug auf Bezahlung und Entlassung, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und das Recht, Gewerkschaften beizutreten, gleichgestellt werden. Der Ausschuss für Beschäftigung will diese Rechte um Arbeitszeit und Urlaubsanspruch erweitern und die Ansprüche der Arbeitnehmer auf Sozialversicherungsrechte und steuerliche Vorteile klären.

Die Abgeordneten fordern auch, dass Nicht-EU-Arbeitnehmer in der Lage sein sollen, ihre Altersversorgung beim Umzug zurück in ihre Heimat unter den gleichen Bedingungen wie die Staatsangehörigen von dem betreffenden Mitgliedstaat zu erhalten. Langfristig Aufenthaltberechtigte, Flüchtlinge und entsandte Arbeitnehmer sollen von dem Gesetz nicht erfasst werden (diese sind bereits von anderen EU-Vorschriften erfasst), ebenso wenig Saisonarbeiter oder innerhalb des Unternehmens versetzte Arbeitnehmer (diese sollen durch andere EU-Rechtsvorschriften erfasst werden).

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten argumentiert, dass es dem Zweck einer "kombinierten Erlaubnis" widersprechen würde, wenn die Mitgliedstaaten noch ergänzende Unterlagen ausgeben könnten. Die Abgeordneten unterstützen daher den Vorschlag der Kommission, der nicht erlauben würde, dass EU-Länder andere Dokumente ausgeben.

Abstimmung: Donnerstag, 24. März 2011

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, 1. Lesung

Weitere Informationen:

- [Presseerklärung zur Plenarabstimmung am 14. Dezember 2011](#)
- [Presseerklärung zur Ausschussabstimmung \(EN/FR\) vom 3. Februar 2011](#)
- [Pressemitteilung vom 16. März 2011 \(EN\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Véronique MATHIEU \(EVP, FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

EU-Haushalt 2012: Parlament skizziert seine Position

Ausreichende Ressourcen für die EU-2020-Strategie und eine bessere Koordinierung zwischen den Haushalten der Mitgliedstaaten und der EU sind die Schlüsselforderungen der Abgeordneten im Entschließungsentwurf über den Gesamthaushalt der EU für 2012. Die Abgeordneten werden am Mittwoch über diesen debattieren und am Donnerstag ihre Empfehlungen verabschieden.

Der Haushalt sollte weiter auf die EU-2020-Strategie, deren Ziel die Erholung der EU von der Krise ist, abgestimmt werden, so der EP-Haushaltsausschuss. Die Abgeordneten sprechen sich dafür aus, dass die Finanzierung auf nationaler sowie europäischer Ebene mit diesen Prioritäten vereinbar sein müsse. In dem von Francesca Balzani (S&D, Italien) ausgearbeiteten Entschließungsentwurf lehnen sie jeden Versuch ab, Haushaltsmittel in Sektoren, die für die Erreichung der EU-2020-Ziele relevant sind, zu begrenzen.

Als Folge der diesjährigen rechtlichen Verpflichtungen, und da Zahlungen immer am Ende einer Haushaltsperiode steigen, wenn die Mehrjahresprogramme vollständig umgesetzt sind, wird sich vermutlich das Niveau der Zahlungen im kommenden Jahr erhöhen. Der Haushaltsplan 2012 ist der sechste von sieben Jahreshaushalten des laufenden langfristigen Haushaltsrahmens.

Die Europäische Kommission wird ihren offiziellen Vorschlag für den Haushalt 2012 am 20. April präsentieren. Mit dem Haushalt des Parlaments und der anderen EU-Institutionen, ausgenommen der Europäischen Kommission, hat sich das Parlament schon in einem separaten, von José Manuel Fernandes (EVP, Portugal) erstellten Bericht befasst. Dieser wurde am 9. März verabschiedet.

Debatte: Mittwoch, 23. März

Abstimmung: Donnerstag, 24. März

Verfahren: Initiativbericht

Weitere Informationen:

- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Francesca BALZANI \(S&D, IT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Ernennung der geschäftsführenden Direktoren der EU-Finanzaufsichtsbehörden

Am Donnerstag werden die Abgeordneten ihre Meinung über die Kandidaten für die Posten geschäftsführender Direktoren der drei EU-Finanzaufsichtsbehörden abgeben. Die Abstimmung im Plenum dient der Bestätigung oder Ablehnung der vom Wirtschaftsausschuss am Dienstag abzugebenden Empfehlung.

Die drei Kandidaten sind Verena Ross (Deutschland) für den Direktorsposten der Europäischen Wertpapierbehörde (EMSA), der Spanier Carlos Montalvo für den Führungsjob in der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) und Adam Farkas (Ungarn) als Leiter der Europäischen Bankaufsichtsbehörde (EBA). Alle drei Kandidaten standen am Donnerstag, den 17. März dem Wirtschaftsausschuss Rede und Antwort.

Plenartagung

EZB-Direktorium: EU-Abgeordnete stellen sich hinter den belgischen Kandidaten

Die Vollversammlung des Parlaments wird der Berufung des Gouverneurs der belgischen Nationalbank Peter Praet ins Direktorium der Europäischen Zentralbank mit großer Wahrscheinlichkeit zustimmen. Das Votum am kommenden Donnerstag folgt einer Anhörung und nachfolgenden Empfehlung zugunsten Praets im Wirtschaftsausschuss des Parlaments vergangene Woche.

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung vom 17. März 2011 \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Gemeinsames EU-Neuansiedlungsprogramm soll Flüchtlinge besser schützen

Am Mittwoch werden die Abgeordneten mit dem Rat über die Schaffung eines gemeinsamen EU-Neuansiedlungsprogramms für außereuropäische Flüchtlinge diskutieren. Derzeit nehmen nur zehn Mitgliedstaaten jährlich Flüchtlinge auf, ohne dass die Prioritäten untereinander koordiniert werden. Angesichts der gegenwärtigen Situation in Nordafrika, wo sich einige der Flüchtlingslager befinden, ist es wichtiger denn je, dass die EU das Neuansiedlungsprogramm in Gang setzt, betonen die Abgeordneten.

Das Europäische Parlament befürwortete den Gedanken eines ambitionierten Neuansiedlungsprogramms der EU in einer im Mai 2010 mit großer Mehrheit angenommenen Resolution über den Plan der Kommission aus dem Jahr 2009 zur Einrichtung dieses Programms. Ein solches Neuansiedlungsprogramm sollte Schutz und dauerhafte Lösungen für Langzeitflüchtlinge sowie für rasche und angemessene Reaktionen in Notfällen und in Fällen unvorhergesehener Dringlichkeit ermöglichen, so die Abgeordneten.

Finanzierung der Neuansiedlung

Die Maßnahmen der Mitgliedstaaten, Flüchtlinge umzusiedeln, sollten über den geänderten Vorschlag zum Europäischen Flüchtlingsfonds finanziert werden. Um mehr Mitgliedstaaten zur Neuansiedlung von Flüchtlingen zu ermutigen, sollten sie eine finanzielle Unterstützung erhalten, so ein Vorschlag der Abgeordneten. Mitgliedstaaten, die zum ersten Mal einen Antrag stellen, sollten 6.000 € pro Person für das erste Jahr erhalten, 5.000 € im zweiten Jahr und danach € 4.000.

"Selbst ein Jahr nach der EP-Abstimmung warten wir immer noch auf den Rat, um das Mitentscheidungsverfahren [über die Änderungsanträge zum Europäischen Flüchtlingsfonds zur Unterstützung von Neuansiedlungen] abzuschließen. Ein Jahr finanzielle Unterstützung für die neuen EU-Aufnahmeländer ist bereits verloren", so die Abgeordneten. Der Rat soll erklären, ob er gedenke, dieses Dossier auf seine Prioritätenliste zu setzen und zum Abschluss zu bringen.

Während jedes Jahr etwa 100000 Flüchtlinge in den USA, Kanada, Australien, Brasilien und Chile Aufnahme finden, ist dies in Europa nur in geringem Maße der Fall. Derzeit nehmen zehn Mitgliedstaaten Flüchtlinge auf: Schweden, Dänemark, Finnland, die Niederlande, Großbritannien, Irland, Portugal, Frankreich, Rumänien und die Tschechische Republik.

Weitere Informationen:

- [Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat - GUE/NGL-Fraktion](#)
- [Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat - ALDE-Fraktion](#)
- [Mitteilung der Kommission an das EP und den Rat über das Neuansiedlungsprogramm der EU](#)
- [Angenommener Text zum EU Neuansiedlungsprogramm vom 18. Mai 2010](#)
- [Pressemitteilung vom 18. Mai 2010](#)

Plenartagung

Datenschutz: Aufklärung über US-Strafandrohungen gegenüber Wikileaks gefordert

Die EU sollte mit den US-Behörden Anordnungen klären, wonach Twitter und möglicherweise andere Internetfirmen (Google und Facebook) unter Strafandrohung zur Herausgabe personenbezogener Daten, persönlicher Nachrichten und Mitteilungen von Personen, die in Beziehung zu Wikileaks stehen, gefordert werden. Thema der Debatte am Mittwoch mit Rat und Kommission wird die Übereinstimmungen dieser Entscheidungen mit den Datenschutzbestimmungen der EU sein.

Rat und Kommission sollen klären, ob die europäischen Datenschutzbestimmungen verletzt wurden und ob die US-Behörden das Recht haben, die Aufhebung von Persönlichkeitsrechten der EU-Bürger anzuordnen.

Debatte: Mittwoch, 23. März 2011

Abstimmung: keine Abstimmung

Verfahren: Erklärung von Rat und Kommission mit Debatte